

SPD: Leinen unerwünscht?

Egon Franke, Chef der „Kanalarbeiter“-Fraktion der SPD im Bundestag, macht sich wieder einmal für den Ausschluß eines Parteilinken stark. Diesmal hat sich der innerdeutsche Minister den Vorsitzenden des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, Jo Leinen, herausgesucht. Allein der Auftritt Leinens bei der Bonner Friedensdemonstration am 10. Juni, so Franke („Der muß raus“), rechtfertigt ein Ausschluß-Verfahren. In der SPD-Zentrale hoffte man zunächst, das Problem würde sich, auf bürokratischem Wege, von selbst lösen. Da für den Sozialdemokraten während der letzten drei Jahre keine Mitgliedsbeiträge mehr registriert waren, sollte er

einfach aus der Kartei gestrichen werden – laut Partei-Statut zulässig. Eine Überprüfung ergab jedoch, daß Leinens Umzug 1979 im SPD-Zentral-Computer nicht erfaßt, die Beiträge aber, wie Leinen versichert, regelmäßig gezahlt wurden. SPD-Mitglied Leinen: „So lass' ich mir nicht an den Karren fahren.“

Beschränkte Amnestie

Die Gegenleistungen, die Bonn für die reduzierte Weiterzahlung des zinslosen Überziehungskredits (Swing) an die DDR vorletzte Woche ausgehandelt hat, werden von DDR-Kennern als „kümmerlich“ bezeichnet. Sie warnen davor, sich uneingeschränkt auf die Amnestie für rund 50 000 republikflüchtige DDR-

Bürger zu verlassen, die bis zum 1. Januar 1981 in den Westen gekommen sind. Der Straferlaß gelte, anders als bei der letzten Regelung von 1972, nur für Vergehen, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Flucht standen. Frühere Mitarbeiter staatlicher Stellen, etwa von Personal- oder Forschungsabteilungen, die in der Bundesrepublik über ihre Tätigkeit berichtet hätten, müßten bei einer Einreise in die Ost-Republik nach wie vor mit Strafen wegen Geheimnisverrats rechnen. Ähnliches gelte für viele ehemalige DDR-Bürger, die in den Notaufnahmelagern von bundesdeutschen Geheimdienstlern befragt worden seien. Einen Erfolg verbucht die Bundesregierung immerhin: Zunächst wollte die SED-Führung Republikflucht nur bis zum Jahr 1976 amnestieren.

Pannen bei Pershing-Produktion

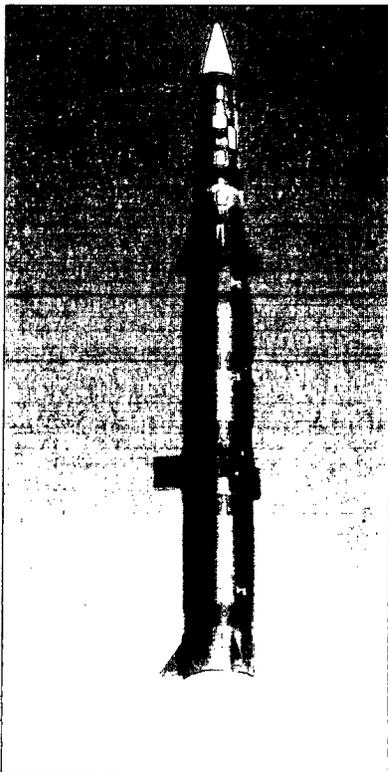
Technische Mängel verzögern die Tests der „Pershing-2“-Mittelstreckenraketen, die ab Herbst 1983 in der Bundesrepublik stationiert werden sollen. Der Abschluß eines Prototyps für die Serienfertigung, ursprünglich für April dieses Jahres geplant, mußte auf den 2. Juni verschoben werden. Doch auch dieses Datum konnte der Pentagon-Vertragspartner, die amerikanische Rüstungsfirma Martin Marietta, nicht einhalten: Der Test-Start kann frühestens im Juli stattfinden.

Die Verzögerungen wurden unter anderem durch verstopfte hydraulische Treibstoffventile verursacht, die vollständig ausgewechselt werden mußten. Auch beim Übertragen der Entwurfszeichnungen auf die Produktionspläne entstanden Fehler: Vorrichtungen für die Ferndatenübertragung bei einem wichtigen Bauteil waren schlicht vergessen worden.

Obwohl auch bei der Serienfertigung erhebliche Probleme erwartet werden, glaubt man im Pentagon, Ende 1983 mit dem Einbau der Raketen in die vorbereiteten Stellungen in der Bundesrepublik beginnen zu können.

Die Programmierung der Geschosse auf Ziele in Ost-Europa erfolgt auf deutschem Boden. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin, der Pershing 1 A, enthält die Pershing-2-Rakete bereits ein Radar-Suchgerät. Eingestellt wird es mit Hilfe einer von insgesamt acht auf Lastwagen montierten Zielortungsanlagen. Die nötigen Daten liefert die kartographische Abteilung des US-Verteidigungsministeriums.

Jede der im Rahmen des Nachrüstungsbeschlusses vorgesehenen 108 Pershing-2-Raketen kostet mittlerweile rund 425 Millionen Mark, ein halb mal mehr als ursprünglich geplant. Die Erklärung des Pentagon für die Kostenexplosion: Die Herstellung der Pershing-Rakete sei wesentlich komplizierter, als man ursprünglich erwartet habe.



Pershing-2-Versuchsmuster

Einfahrt versperrt

Die US-Botschaft in Moskau hat ihre Sicherheitsmaßnahmen verschärft. Ein Tor des Gebäudes wurde kürzlich umgebaut, so daß künftig an dieser Stelle nur noch Fußgänger in die Mission kommen können. Die Amerikaner wollen mit dieser Maßnahme offenbar verhindern, daß ausreisewillige Russen sich mit Fahrzeugen den Zugang erzwingen. Zuletzt war es im März zwei Bürgern auf diese Weise gelungen, an den sowjetischen Wachen und US-Marineinfanteristen vorbeizukommen. Bis auf Angehörige einer religiösen Sekte, die seit Monaten in der Botschaft leben, konnten bislang jedoch alle Eindringlinge überredet werden, das Gebäude wieder zu verlassen.

Teure Safari in Tansania

Sonntagsjäger aus dem kapitalistischen Westen sollen der siechen Wirtschaft des sozialistischen Tansania wieder auf die Beine helfen. Gegen den Widerstand von Partei und Regierung hat Staatschef Julius Nyerere beschlossen, die Jagdreviere seines Landes für weiße Jäger zu öffnen. Interessenten, die im fernen Tansania ihrem Hobby nachgehen wollen, müssen gut bei Kasse sein: Die Tagesgebühr im Revier mit dem dichtesten Großwildbestand der Erde kostet 2000 Mark. Um weniger vermögende Safari-Urlauber spoll dagegen nicht gewonnen werden.

Zitat

„Ich vergleiche Genscher immer mit einem Versicherungsmakler... der Mühlsteine unter Wasser gegen Feuer versichert. Das hält die Schadensfälle zwar gering, aber es läßt den Marktanteil schrumpfen“ (der Versicherungsunternehmer und CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep über den FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher).